

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 886 946 ppbn d  
Telex: 9 15 20-12

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB zur  
SPD-Führungsdiskussion.

Seite 1

Rudolf Müller MdB zur Debatte  
um den Erwerb der deutschen  
Staatsbürgerschaft: Bürger  
zweier Staaten?

Seite 2

Wolfgang Bebbler MdL zu einer  
Initiative der baden-württem-  
bergischen SPD: Rechtsklar-  
heit für die Gen-Technik  
schaffen.

Seite 3

Klaus Hahnzog MdL zur Dop-  
pelzüngigkeit der bayerischen  
Regierungspartei beim Min-  
derheitenschutz: Staatsregie-  
rung fordert für Europa, was  
CSU in Bayern verweigert.

Seite 4

Michael Müller MdB zum 60.  
Geburtstag von Robert Jungk:  
Ein Mann mit Eigenschaften.

Seite 5

### Dokumentation

Erklärung des P.E.N.-Zen-  
trums zum 60. Jahrestag der  
Bücherverbrennung: Allen  
Grund, wachsam zu sein.

Seite 6

19 48/20

### Die wichtigste Frage ist nicht, wer kandidieren will, sondern für welche Strategie kandidiert wird

Zur Diskussion um die Kandidaturen um SPD-Vorsitz und  
Kanzlerschaft

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Einer der schwerwiegenden Verhaltensfehler der SPD und ihrer Re-  
präsentanten der letzten Jahre war die zunehmende Medienhörig-  
keit. Die Einstellung auf den Wellengang der Medien, was die SPD-  
Repräsentanten zu schwankenden Bojen machte und die SPD zum  
schlingernden Schiff - stets ohne eigenen Halt und Kurs, als Person  
wie als Partei.

Die Kritik daran ist keine Medienkritik. Medien sind so, wie sie sind,  
sein müssen oder zu glauben sein müssen. Zur Kritik steht die frei-  
willige Abgabe der eigenen politischen Identität an der Gardarobe  
der Fernsehstudios und Redaktionsräume, die Ersetzung von Politik  
als soziale Interessenvertretung und Problembewältigung durch indi-  
vidualisierte und personalisierende Schaustellung. Letzteres ist die  
selbstverschuldete politische Kulturkrise unserer Zeit. Damit wird der  
sich ausbreitende neo-wilhelminische und quasi-plebiszitäre Ein-  
druck "Man kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Personen"  
verstärkt, der nicht nur für die SPD tödlich ist. Wer immer sich am  
Wellengang eines ständig wechselnden Medienverkehrs orientiert,  
kann schnell hochgeschwemmt werden, aber ebenso schnell wieder  
untergehen.

Die SPD ist nun gerade dabei, ihre Kandidatenauswahl nach dieser  
allzu seichten Prämisse zu betreiben und sich davon nicht nur das  
Tempo der Auswahl, sondern auch die Auswahl selber bestimmen  
zu lassen. Seit Tagen geht es ausschließlich um die Frage, wer kan-  
dizieren will - als sei die Frage, wer den SPD-Vorsitz und/oder die  
Kanzlerkandidatur übernimmt, nur mehr eine Frage des Jahrmarkts  
von Köpfen, und als seien die Probleme eben vor allem durch die  
richtige Kopfauswahl lösbar.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendung von  
100% recyceltem Papier  
Recycling-Papier



Nirgendwo tauchte bisher die Frage auf, für welche politische Strategie eine Bewerberin oder ein Bewerber steht. Keine Kandidatur wurde bisher verbunden oder begründet mit auch nur einem vagen Hinweis auf eine politische Strategie, mit der die SPD antreten solle - als sei die SPD-Strategie fraglos richtig und als käme es darauf eigentlich gar nicht mehr an. Allenfalls wurden Kandidaturen mit Koalitionspräferenzen verbunden, die aber auch nichts darüber besagen, welche Politik die SPD für sich selbst zu formulieren hat.

Damit wird die zweifellos wichtige Frage, wer künftig die SPD führt und den Bundestagswahlkampf anführt, erneut nach dem Kriterium einer mediengerechten Entpolitisierung behandelt: Personen kann man fotografieren und filmen, für politische Strategien und Ideen gilt das nicht.

Was für die SPD, um die es ja eigentlich gehen müßte, selbst existentiell notwendig ist, ist die Frage nach der konzeptionellen Begründung einer jeden Kandidatur. Wer immer kandidiert, muß vor allem diese Frage gestellt bekommen - und beantworten, und zwar auch dann, wenn diese Frage nicht mehr gestellt wird. Wenn diese Frage nicht von den Medien kommt, muß sie aus der Partei kommen. Wenn die Partei sie nicht stellt, wird sie mit jeder Kandidatur aus jeder Traufe in einen neuen Regen kommen.

(-/10. Mai 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Bürger zweier Staaten?**

Zur Debatte um den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft

Von Rudolf Müller MdB

Die Debatte um den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft wird - wie viele andere - oft mit den für Deutsche typischen Übertreibungen und einem moralischen Eifer geführt, der sich nur an den eigenen Vorurteilen orientiert. Ausländer, die in Deutschland leben und arbeiten, deren Kinder hier geboren und zur Schule gegangen sind und oft besser Deutsch als ihre Muttersprache sprechen, die zudem dauerhaft hier bleiben wollen, sollen deutsche Staatsbürger werden können und das ohne unnötige Schwierigkeiten. Darüber gibt es unter vernünftigen Menschen keine Meinungsverschiedenheiten. Daß sie vor allem in der ersten und zweiten Generation zugleich Bürger ihrer Herkunftsländer bleiben möchten, dafür muß man Verständnis haben.

Dafür gibt es zwei Gründe: Einmal die von der Abstammung herrührende Bindung an das Herkunftsland, die den Betroffenen den moralischen Rückhalt und die Identität gibt, die sie als nur deutscher Staatsbürger nicht finden, zum anderen handfeste materielle Vorteile, die sie als Staatsbürger nur eines Staates nicht haben. Wer den ersten Grund anerkennt, erkennt damit praktisch das Abstammungsrecht an. In diesem Zusammenhang ist allerdings eines bemerkenswert. Gerade diejenigen, die de facto die Anerkennung des Abstammungsrechts für Ausländer fordern, sprechen dieses den Deutschen aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks ab. Dort soll es kein Grund für den Anspruch auf Heimatrecht in Deutschland sein. Im Gegensatz zu Türken oder Griechen sind aber diese Deutschen oft genug in ihren Herkunftsländern benachteiligt, gerade weil sie von der Abstammung her Deutsche sind.

Ein solcher Standpunkt läßt jede Logik vermissen. Kann sich jemand eine solche Argumentation in Frankreich, Polen oder gar in Israel vorstellen? Was den zweiten möglichen Grund angeht, nämlich handfeste materielle Vorteile, die man als Bürger nur eines Landes nicht hat, ist es Sache der Politik, dafür zu sorgen, daß es nicht zwei Klassen von Staatsbürger gibt. Gleiche Rechte erfordern auch gleiche Pflichten. Wir sind in vielen Bereichen schon weit genug von diesem Grundsatz abgerückt, ohne den gerade ein demokratischer Staat auf die Dauer nicht überleben kann. Das heißt, die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an Ausländer, die ihre eigene Staatsbürgerschaft nicht aufgeben wollen, darf nicht zum Billigartikel werden.

Es gibt viele gute Gründe für die Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern, die dauerhaft bei uns leben wollen, es gibt auch achtbare Gründe für die Möglichkeit, Bürger zweier Staaten zu sein. Aber gerade diese Debatte darf nicht, wie das leider zu oft geschieht, emotional geführt werden. Wer bei allen Fragen, die mit der nationalen Identität der Deutschen zu tun haben, glaubt, er müsse noch immer die Nazis von gestern bekämpfen, fördert nur die Nazis von morgen. Im übrigen ist er auch schlecht informiert. Den Nazis machte es nämlich gar nichts aus, ausländische Kinder, wenn sie nur blond und blauäugig waren, zwangsweise zu germanisieren, und auch das Heimatrecht von Deutschen galt ihnen, wie das Beispiel Südtirol zeigt, dann nichts, wenn es nicht in ihre Machtpolitik paßte. Auch wer daran glaubt, daß es eines Tages ein politisch einigtes Europa mit nur einer Staatsbürgerschaft gibt, kann nicht übersehen, daß noch lange Zeit die historisch gewachsenen Nationen den Menschen das Maß an Rückhalt und Sicherheit geben werden, das sie selbst in einer so mobilen Welt wie der unseren noch immer brauchen.

(-/10. Mai 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Rechtsklarheit für die Gen-Technik schaffen** **Zu einer Initiative der baden-württembergischen SPD**

**Von Wolfgang Bebbler MdL**

Bei der anstehenden Novellierung des bundesdeutschen Gentechnikgesetzes sind in einigen Verfahrensbereichen wesentliche Deregulierungsmaßnahmen möglich, die jedoch nicht zu Lasten von Sicherheitsstandards und Öffentlichkeitsbeteiligung gehen dürfen. Dies teilte die Landesregierung auf eine aktuelle Anfrage der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion zum Thema "Praxis und Fortentwicklung des Gentechnikgesetzes" mit.

Anlaß für diese Initiative sind die sich widersprechenden Forderungen der EG-Kommission auf Anpassung des Gesetzes an das strengere EG-Recht einerseits, und das Drängen von Industrie und Forschung nach schnellen und unbürokratischen Genehmigungsverfahren andererseits gewesen. Die Bestandsaufnahme der Landesregierung zeigt erstmals, in welchen Sicherheitsstufen bislang in Baden-Württemberg gearbeitet wird und welche praktischen Erfahrungen hierbei gesammelt werden konnten.

Danach finden landesweit zu Forschungszwecken gentechnische Arbeiten mit keinem Risiko für die menschliche Gesundheit und Umwelt (Stufe 1) an 14 Standorten, mit geringem Risiko an sechs Standorten und mit mäßigem Risiko (Stufe 3) in den Universitätsstädten Freiburg und Heidelberg statt. Arbeiten der Stufe 4 mit hohem Risiko werden bislang im Land nicht durchgeführt. Zu gewerblichen Zwecken wird bislang nur in der Sicherheitsstufe 1 bei Firmen in Biberach, Heidelberg und Mannheim gearbeitet. 52 Anmeldeverfahren und 19 Genehmigungsverfahren für weitere Projekte sind derzeit beim landesweit zuständigen Regierungspräsidium Tübingen anhängig. Nach Auskunft der in Frage kommenden Universitäten wird in Baden-Württemberg auch keine B-Waffenforschung oder B-Waffenschutzforschung betrieben.

Nach den Erfahrungen der Stuttgarter Landesregierung bewegt sich, nach gewissen Anlaufschwierigkeiten mit dem Mitte 1990 in Kraft getretenen Gesetz, die Bearbeitungszeit für Anmelde- und Genehmigungsverfahren im gesetzlichen Rahmen und können zum Teil sogar unterschritten werden. Darüber hinaus sind jedoch folgende Gesetzesänderungen nötig:

- Zur weiteren Verfahrensstraffung soll die in Berlin sitzende zentrale Kommission für biologische Sicherheit bei Verfahren der Sicherheitsstufe 1 nicht mehr obligatorisch, sondern nur noch bei fehlenden Erkenntnissen über die Einstufung des geplanten gentechnischen Vorhabens eingeschaltet werden.

- Flexibilisierung der starren Wartezeit von drei Monaten bei Anmeldeverfahren.
- Eine Konkretisierung des Anwendungsbereichs des Gentechnikgesetzes, insgesamt, zum Beispiel im Fall der Lebendimpfstoffe und des Forschungsversands von bestimmten Stoffen (Blut, etc.), und der Gentechnikrichtlinienverordnung.
- Vollständige Umsetzung des EG-Rechts in den Bereichen Notfallpläne, Informationspflichten, EG-Beteiligungsverfahren bei der Genehmigung von Anträgen auf Freisetzung von gentechnisch veränderten Produkten.

Die Landesregierung teilt unsere Auffassung, daß all diese Maßnahmen nicht zu einer Verringerung der derzeitigen Sicherheitsstandards führen dürfen. Die für die einzelnen Sicherheitsstufen eingeführten Maßnahmen sind notwendig und fügen sich in die Standards anderer Gesetze, wie zum Beispiel Bundesseuchengesetz, Strahlenschutzverordnung, sachgemäß ein. Wir fordern die Landesregierung auf, in diesem Sinne die Gesetzesnovellierung auf Bundesebene zu begleiten, weil für die Universitäten und Unternehmen im Land alsbald Rechtsklarheit herrschen muß.

(-/10. Mai 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Staatsregierung fordert für Europa, was CSU in Bayern verweigert**  
**Zur Doppelzüngigkeit der bayerischen Regierungspartei beim Minderheitenschutz**

**Von Klaus Hehnzog MdL**  
**Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen**

Doppelzüngigkeit, die zu einem hohen Maß an politischer Unglaubwürdigkeit führt, ist der CSU und ihrer Bayerischen Staatsregierung vorzuwerfen. Während Europaminister Goppel zeitgerecht zum Europatag namens seiner Staatsregierung ein europäisches Volksgruppen- und Minderheitenrecht fordert, lehnt seine Mehrheitsfraktion einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion ab, den Minderheitenschutz in der neuen deutschen Verfassung zu verankern. Die CSU verweigert sich der Selbstverpflichtung in Deutschland. Damit ist in Europa kein Fortschritt zu erzielen.

Am Europatag hatte Bayerns Europaminister Goppel (auch er ist in der CSU) erklärt, eine Europäische Gemeinschaft sei "ohne neue politische und völkerrechtliche Instrumente wie ein europäisches Volksgruppen- und Minderheitenrecht" nicht denkbar. Goppel weiter: "Nur so lassen sich Krieg und Vertreibung in Europa künftig verhindern." Und, so der Minister, die Bayerische Staatsregierung werde eine entsprechende Initiative im Europäischen Parlament nachdrücklich unterstützen.

Diese Unterstützung durch die Staatsregierung hat die bayerische Landtags-SPD leider nicht erfahren, als sie sich für den Minderheitenschutz in der deutschen Verfassung eingesetzt hat. Die CSU-Fraktion hat unseren Dringlichkeitsantrag einfach niedergestimmt, anstatt durch eine Selbstverpflichtung Deutschlands diesem Anliegen europäisches Gewicht zu geben. Nach dem SPD-Antrag sollte die Staatsregierung durch ihre Mitglieder in der Gemeinsamen Verfassungskommission auf eine Ergänzung der Präambel

"Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Solidarität in der einen Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben."

und auf eine Einfügung nach Artikel 20

"Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten. Er schützt und fördert Volksgruppen und nationale Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit,"

hinwirken.

\*\*\*\*\*

(-/10. Mai 1993/rs/fr)

**Ein Mann mit Eigenschaften**  
Robert Jungk zum 80. Geburtstag

Von Michael Müller MdB  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Robert Jungk wird morgen 80 Jahre alt. Am 11. Mai 1913, an einem Pfingstmontag, wurde er unter den Namen Robert Baum in Berlin geboren. Im Alter von 20 Jahren in die Emigration nach Paris, Prag und Zürich gezwungen, wurde er nach 1945 zu einem der bedeutendsten Vertreter der Zukunftsforschung. Sein erstes großes Werk, 1952 mit dem Titel "Die Zukunft hat schon begonnen" erschienen, ebnete ihm den Weg zu einem der wichtigsten Vordenker über die Frage nach Sinn und Ziel des technischen Fortschritts.

In den 70er Jahren wurde Jungk zu einer "Vaterfigur" der Antiatomkraftbewegung in Westeuropa. Sein Buch "Der Atomstaat" eröffnete 1977 eine kritische Diskussion über das Verhältnis zwischen High-Tech und Demokratie und wurde zu einem Kristallisationspunkt in der öffentlichen Auseinandersetzung über die ökologischen und politischen Folgen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die bis dahin weitgehend unkritisch gesehen wurden. Robert Jungk wurde zu einem der ersten Theoretiker der modernen "Risikogesellschaft".

Robert Jungk warnt vor einem falsch verstandenen Fortschritt, "der in die Unmenschlichkeit" führt. Er sieht in den Begleiterscheinungen der Hochleistungstechnik den schleichenden Weg in eine Tyrannei, deren wesentliches Merkmal die Selbstentfremdung des Menschen durch die Zwänge einer gewaltigen Technikmaschine ist. Das eindeutigste Beispiel und zugleich Sinnbild dieser Zukunftsgefahren ist für Robert Jungk die Nutzung der Atomenergie, die, wie Goethe im "Zauberlehrling" beschreibt, einen Prozeß in Gang setzt, der vollendete, nicht mehr zu stoppende Tatsachen schafft, die den Mensch vom Subjekt wieder zum Objekt der modernen Industriegesellschaft machen.

Robert Jungk wurde zum Vordenker für ein ganzes Jahrzehnt, in dem der Paradigmawechsel von der Technikeuphorie zur Technikskepsis eingeleitet wurde. Dieser Wandel ist weit mehr als der Meinungsumschwung über die Nutzung der Atomtechnik. Spätestens seit Tschernobyl gibt es bei Meinungsumfragen klare Mehrheiten für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Atomkraft. Die Gründe sind bekannt: Die Sicherheitsrisiken sind nicht zu verantworten, die Entsorgung, die auch noch unzählige Generationen der Zukunft belasten wird, ist ungeklärt, die stets gegebenen militärischen Mißbrauchsmöglichkeiten gefährden den Frieden.

Doch im Kern geht es nicht nur um die Ablehnung der Nukleartechnik, es geht mehr noch um ein verändertes Fortschrittsverständnis, daß sich nicht mehr auf ein mechanistisches Denken stützt, das in der Entfaltung von Wirtschaft und Technik die entscheidende Grundlage jeder modernen Entwicklung sieht.

In diesen Tagen gehen meine Erinnerungen zurück zu zahlreichen Begegnungen und Gesprächen mit "Bobby", wie ihn seine Freunde nennen. An die erste größere Kundgebung gegen den Bau des Atomkraftwerks Mühlheim-Kärlich, wo wir beide als Redner auftraten, und über dessen Zukunft derzeit beim Bundesverfassungsgericht entschieden wird. Oder zu den "Energiekongressen", die ich zusammen mit Jo Leinen 1974 in Köln und 1975 in Frankfurt gegen die Atomenergie organisierte und wo Robert Jungk jedesmal der Hauptredner war. Zu den gemeinsamen Märschen in Brockdorf, Grohnde oder Kalkar.

Bobby war für mich stets ein wichtiger Bezugspunkt und Gesprächspartner. Vor allem aber bewundere ich ihn, weil er sich nicht unterkriegen läßt. Daß er auch nach Rückschlägen weitermacht, andere motiviert und einfach Vorbild ist. Danke Bobby.

(-/10. Mai 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Allen Grund, wachsam zu sein

Erklärung des P.E.N.-Zentrums der Bundesrepublik Deutschland zum 60. Jahrestag der Bücherverbrennung

Es besteht Anlaß, die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 nicht als eine einmalige, längst abgetane Monstrosität zu betrachten.

Noch immer werden in aller Welt, Bücher verboten, Meinungen unterdrückt, oppositionelle Verlautbarungen nicht veröffentlicht, Publizisten verfolgt und Schriftsteller an Leib und Leben bedroht.

Wer vom 10. Mai 1933 spricht, hat Salman Rushdies zu gedenken und sich ihm solidarisch zu erklären.

Wer die Scheiterhaufen, auf denen die Bücher Sigmund Freuds oder Carl von Ossietzkys verbrannten, als Schande für unser Land versteht, wird unglaublich, wenn er nicht die Partei jener Autoren ergreift, die heute, zwischen China und der Türkei in Gefängnissen gefoltert werden, weil sie die Mächtigen mit der Wahrheit des freien Wortes konfrontieren.

Wer an den 10. Mai 1933 erinnert, hat aber auch zu bedenken: Die in der Weimarer Republik von langer Hand in deutschnationalen Kreisen verbreitete Ausmerzung demokratischer Autoren hat Spuren hinterlassen.

Spuren, die heute wie damals zu Sachwaltern der Reaktion führten, die sobald sie an der Macht sind, das Geschäft den Henkern überlassen. Nicht nur an die SA-Horden sondern auch an die Wegbereiter der Diktatur, die den Nationalsozialisten durch die Preisgabe von Liberalität und Toleranz in die Hände arbeiteten, ist heute im Zeichen wachsender kultureller Gegenauflklärung zu erinnern, die geprägt ist durch die Mythisierung der Geschichte, durch die Ausgrenzung der Fremden und Anderen und politisch Mißliebigen.

Die Schriftsteller, die das Erbe Lessings und Heines nicht zum Gespött zu machen gedenken, haben allen Grund wachsam zu sein.

\*\*\*

Am 10. Mai 1993, 17.00 Uhr, werden auf dem Opernplatz in Berlin Autorinnen und Autoren Texte aus verbrannten Büchern lesen.

Am Vorabend seiner Jahrestagung, am 12. Mai 1993, 19.30 Uhr wird der bundesdeutsche P.E.N. des 60. Jahrestages der Bücherverbrennung mit einer Lesung gedenken. Katja Behrens, Christa Dericum, Margarete Hannsmann, Gerl Heidenreich, Gerhard Schoenberger, Friedrich Schorlemmer, Elisabeth Wolffheim und Ursula Setzer lesen Texte von verbotenen und vertriebenen Autoren. Johannes Mario Simmel wird an das Schicksal der literarischen Emigration erinnern.

(-/10. Mai 1993/rs/fr)

\*\*\*\*\*